

# EUROKRISE, FISKALPAKTE, KRIEG UND DIE EUROPASTRATEGIEN DES DEUTSCHEN KAPITALS

Von Stefan Eggerdinger

*Atque ubi solitudinem faciunt pacem appellant.  
(Und wo sie eine Wüste hinterlassen, nennen sie das Frieden)  
Tacitus, Agricola*

## **Vorbemerkung**

Der folgende Text entstand als Ausarbeitung der Disposition für einen Vortrag, den der Verfasser am 14. April 2012 auf Einladung des Deutschen Freidenker-Verbands NRW in Köln gehalten hat. Es hat sich herausgestellt, daß vieles aus dieser Disposition weiter überarbeitet, manches weggelassen werden mußte. So hat sich in dieser Zurichtung einer Rededisposition für den „Streitbaren Materialismus“ der ursprüngliche Text bis zur Kenntlichkeit verändert.

Der Hinweis auf diese Veranstaltung ist dem Verfasser dennoch wichtig. Hob sie sich vor allem auch in der Diskussion doch wohltuend von anderen Veranstaltungen zur „Eurokrise“ ab. Denn diskutiert wurde vor allem: Was müssen wir angesichts der vorgetragenen Fakten *tun*?

**An wem liegt es, wenn die Unterdrückung bleibt? An uns.**

**An wem liegt es, wenn sie zerbrochen wird? □ Ebenfalls an uns.**

(Bertolt Brecht: Lob der Dialektik)

Allzuoft nämlich schlägt dem, der die Dinge beim Namen nennt, entgegen: „Das ist aber ein erschreckendes Bild“. Oder, schon in der Vorbereitung entsprechender Informationsveranstaltungen in der Gewerkschaft Ver.di: „Aber sei bitte nicht wieder so düster!“ Und dann hebt eine unselige Debatte an, die meistens eingeleitet wird mit: „Du hast ja recht, aber wir müssen die Menschen da abholen, wo sie sind.“

Was um alles in der Welt ist daran düster, wenn die Tatsache vor aller Augen liegt, daß das historisch letzte Ausbeutersystem durch seine eigenen Widersprüche an sein Ende gekommen ist? Was ist daran düster, wenn wir feststellen müssen: Daß es fällt und ob es fällt, liegt nur an uns. Vor allem an den Arbeitern, die allein die längst vorbereitete gesellschaftlich planmäßige Produktion der Zukunft organisieren können. Aber auch an den Angestellten, der werktätigen Intelligenz, den Bauern, den kleinen Gewerbetreibenden – kurz an allen, die nicht zu der immer kleiner werdenden Minderheit der Ausbeuter gehören. Düster kann das hier Vorgetragene doch nur nennen, wer am Kapitalismus hängt. Wer glaubt und dem Volk einreden möchte, es würde wieder besser werden, wenn wir nur die passenden Hebel im System selbst finden könnten.

Der Kommunismus hat längst begonnen, und nichts beweist dies besser als die derzeitige umfassende Krise seines historischen Vorgängers. „*Wir nennen Kommunismus die wirkliche*

*Bewegung, welche den jetzigen Zustand aufhebt. Die Bedingungen dieser Bewegung ergeben sich aus der jetzt bestehenden Voraussetzung.*“<sup>1</sup> Was wir zu tun haben ist: die Totengräber organisieren. Und hier liegt eine gewaltige Aufgabe vor der organisierten Arbeiterbewegung. Gerade hier darf nichts schönegeredet werden. Noch jede der bisher zwei Weltwirtschaftskrisen in Zeiten des Imperialismus hat zu Weltkriegen geführt. Wir werden im folgenden einiges an Material geben, warum dem heute wieder so ist. Nie aber war diese Kraft der internationalen Arbeiterbewegung einer solchen Lage gegenüber so geschwächt wie heute. Vor dem 1. imperialistischen Weltkrieg verfügte die internationale Arbeiterbewegung in den Bolschewiki über eine Kraft, die weit über Rußland hinaus organisierende wirkte und zwar den Ausbruch des Völkerschlachtens nicht verhindern konnte, aber die Arbeiter und Bauern Rußlands dazu führte, durch die Revolution aus dem Krieg auszuschneiden. Vor dem 2. imperialistischen Weltkrieg verfügten die Arbeiter über kommunistische Parteien, die (wie die französische Partei) durch eine kluge Politik der Volksfront den Faschismus bekämpften und an der Vorbereitung der Macht der Arbeiter arbeiteten – ganz zu schweigen davon, daß es vor allem den Arbeitern an der Macht zu danken war, daß der aggressivste Imperialismus in diesem Krieg geschlagen werden konnte.

Über solche Waffen verfügen wir heute nicht, nicht mehr und noch nicht. Die dritte Weltwirtschaftskrise (von der die Kredit- und „Eurokrise“ nur ein Teil ist) findet die Arbeiter und Völker der Welt in der Situation nach einer durch Versöhnertum, Opportunismus und Revisionismus herbeigeführten gewaltigen Niederlage in den ehemals sozialistischen Ländern, aber auch innerhalb der organisierten Arbeiterbewegung der überwiegenden Mehrheit der Länder, die noch keine Revolution gemacht haben.

Das aber ist *unsere Schwäche*. Es ist nicht die *Stärke des Feinds*. Unsere Schwäche aber können wir überwinden. Wir haben, unter anderen Vorzeichen, uns des Ratschlags von Friedrich Engels nach der Niederlage der Demokraten in der bürgerlichen Revolution von 1848 zu entsinnen: *„Alle Welt weiß heutzutage, daß jeder revolutionären Erschütterung ein gesellschaftliches Bedürfnis zugrunde liegen muß, dessen Befriedigung durch überlebte Einrichtungen verhindert wird. Das Bedürfnis mag noch nicht so dringend, so allgemein empfunden werden, um einen unmittelbaren Erfolg zu sichern; aber jeder Versuch einer gewaltsamen Unterdrückung wird es nur immer stärker hervortreten lassen, bis es seine Fesseln zerbricht. Sind wir also einmal geschlagen, so haben wir nichts anderes zu tun, als wieder von vorn anzufangen.*“<sup>2</sup>

In der Diskussion der erwähnten Kölner Veranstaltung zog eine Teilnehmerin den Schluß aus dem Vorgetragenen: „Wir brauchen wieder eine Vorhutpartei.“ So ist es. Und wenn die geschaffen werden soll, und wenn wir dazu „die Menschen da abholen sollen, wo sie sind“ – dann muß man ihnen zunächst einmal offen sagen, *wo sie denn sind!* Man darf sie nicht anlügen. Und wir diskutieren hier nicht über „große Schritte“ oder „kleine Schritte“ (mit denen man angeblich anfangen muß). Die Frage ist: Schritte in welche Richtung.

Natürlich ist es ein winzig kleiner Schritt, wenn im Kampf gegen den kommenden Krieg ein paar Dutzend revolutionäre Arbeiter und Jugendliche auf fünf historischen LKWs durch die annektierte DDR, die Tschechische Republik und Polen fahren, um aufzuklären über den drohenden deutschen Krieg, um sich selbst und andere dagegen zu organisieren. (So geschehen in der internationalen Antikriegsaktion „Klassenkampf statt Weltkrieg“ im Mai 2011.) Es ist ein Schritt in die richtige Richtung, in die Richtung der Formierung der

---

<sup>1</sup> Karl Marx/Friedrich Engels: Feuerbach. Gegensatz von materialistischer und idealistischer Anschauung. Berlin (DDR) 1988, S. 40

<sup>2</sup> Friedrich Engels: Revolution und Konterrevolution in Deutschland. MEW Bd. 8, S. 5

Bataillone, national wie international, der Bataillone, die allein den einzig möglichen *praktischen* Schluß aus dem Elend des sterbenden Kapitalismus ziehen und die längst morsche Mauer zum Einsturz bringen können.

Es ist ein großer Schritt, eine „Finanztransaktionssteuer“ einzurichten. Man braucht dazu sehr viel: die Regierungen einander spinnefeind gegenüberstehender imperialistischer Staaten, ein Europaparlament etc. etc. Es ist ein Schritt in die falsche Richtung. In die Richtung der Versöhnung mit der Deutschen Bank, in die Richtung der Täuschung und Entmutigung der Arbeiter und des Volks, in die Richtung ihrer Entwaffnung. Es ist also ein jämmerlicher Vorschlag. Schon deshalb, weil er, wie zu zeigen sein wird, von nichts durch nichts zu nichts führen kann.

Laßt uns also noch einen Rat beherzigen, den Rat Rosa Luxemburgs: *„Wie Lassalle sagte, ist und bleibt die revolutionärste Tat, immer ‚das laut zu sagen, was ist‘.“*

### **Der Krieg und die Europapläne des deutschen Kapitals**

Daß wir in Vorkriegszeiten leben, pfeifen die Kanzlerinnen von den Rednerpulten. *„Niemand sollte glauben, daß ein weiteres halbes Jahrhundert Frieden und Wohlstand in Europa selbstverständlich ist. Es ist es nicht. Deshalb sage ich: Scheitert der Euro, dann scheitert Europa. Das darf nicht passieren.“* (Angela Merkel in ihrer Erklärung vor dem Deutschen Bundestag zum EU-Sondergipfel am 26.11.2011.) Seit General Naumanns Diktum: *„Es gelten nur noch zwei Währungen in der Welt: Wirtschaftliche Macht und militärische Mittel, sie durchzusetzen“*<sup>3</sup> zieht sich nicht nur die Kriegsdrohung, sondern die Weltkriegsdrohung durch die Reden bundesdeutscher Politiker, die Ausarbeitungen bundesdeutscher think tanks und auch den Staatsumbau ins Militärische und Geheimpolizeiliche – alles illegal und völkerrechtswidrig -, der beschleunigt seit 2006 in dieser Republik vollzogen wird.<sup>4</sup> Die Bertelsmann-Stiftung schreibt in ihrem „Venusberg-Bericht“ von 2007 ganz offen von Kriegen gegen „Großmächte“, auf die sich Europa „jenseits von 2010“ einzustellen habe.<sup>5</sup> Bemerkenswert ist dabei, wie immer wieder, und nicht nur bei Merkel, Bezug auf den Euro genommen wird. So als Kanzler Schröder am 30. November 1999 vor der französischen Nationalversammlung ausführte: *„Der Euro ist als Weltwährung neben den Dollar getreten, der europäische Binnenmarkt ist der größte Wirtschaftsraum weltweit. ... Europa darf international nicht Beobachter sein, sondern muß als starker Akteur auftreten, der die Schaffung der globalen Ordnung für das 21. Jahrhundert entscheidend mitbestimmt. Dies setzt voraus, daß wir Europäer in der Welt mit einer Stimme sprechen und unseren Anliegen gemeinsam und wirkungsvoll Geltung verschaffen. In einem nächsten Schritt müssen wir nun darangehen, die Grundlagen für eine europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik ..., zu schaffen. Im Vordergrund steht dabei neben der Schaffung krisentauglicher Entscheidungsmechanismen vor allem die Verbesserung der militärischen Fähigkeiten der EU.“*<sup>6</sup>

Die hier allenthalben auftauchende Verknüpfung von „Währung“ und „Krieg“ ist kein Zufall, und wir werden darauf zu sprechen kommen.

---

<sup>3</sup> Der Spiegel, 18.1.1993 – Naumann war damals Abteilungsleiter für Militärpolitik im Führungsstab der Bundeswehr. Ein paar Jahre später leitete er als Vorsitzender des NATO-Militärausschusses maßgeblich den ersten deutschen Krieg nach der Aufkündigung der Nachkriegsordnung durch die bundesdeutsche Annexion der DDR („Genscher’s War“) gegen die Bundesrepublik Jugoslawien.

<sup>4</sup> Siehe hierzu chronologisch und umfassend: Aktionsausschuß Notstand der Republik, Gegen den Notstand der Republik, Heft 1, 2006 bis 2009, München 2009. Ein Folgeband bis 2012 ist vom Verlag Das Freie Buch angekündigt.

<sup>5</sup> Bertelsmann-Stiftung: Beyond 2010. European Grand Strategy in a Global Age. Gütersloh 2007.

<sup>6</sup> Zit. nach Gerald Oberansmayr: „Denn der Menschheit drohen Kriege...“. In: Lunapark21, Heft 17/2012, S. 41

Es wäre völlig falsch anzunehmen, die aktuelle Weltwirtschaftskrise, die tiefste in der Geschichte des Kapitalismus, und vor allem die längste, denn sie zieht sich jetzt ins fünfte Jahr, sei die Ursache für den Marsch in den Krieg. Freilich hat sie Elemente in sich, die ihn gewaltig beschleunigen.

Das taten alle bisherigen Weltwirtschaftskrisen. Sowohl die von 1907, nach kurzer Unterbrechung einen neuen Anlauf nehmend 1913, als auch die von 1929 bis 1932. Die von 1913 wurde in ihrem vollen Ausbruch durch den Krieg unterbrochen, die sogenannte „große Depression“ von 1929 bis 1932 konnte sogar nur durch massive staatliche, außerökonomische Eingriffe beendet werden, letzten Endes durch Kriegsproduktion und Krieg. *„Wenn Sie einmal sehen wollen, welcher Anstrengungen es tatsächlich bedarf, um die Wirtschaft aus einer Schuldenfalle zu befreien, dann betrachten Sie das massive, öffentliche Beschäftigungsprogramm, das die Große Depression beendete, besser bekannt unter dem Begriff ‚2. Weltkrieg‘.“* (Der US-Ökonom Paul Krugman) Denn der Kapitalismus war und ist längst nicht mehr in der Lage, sich aus Weltwirtschaftskrisen mit ökonomischen Mitteln wieder zu befreien.

Aber diese beiden vorangegangenen Weltwirtschaftskrisen zeichnet noch etwas anderes aus. Nämlich daß sie jeweils Anstoß waren zur Verwirklichung der Europapläne eines deutschen Kapitals, das, bei der Aufteilung der Welt zu spät und zu kurz gekommen, zum Kampf um die Weltherrschaft noch jedesmal mit der Herrschaft über Europa beginnen mußte. Und die sollte durchaus nicht in der offen brutalen und terroristischen Form durchgeführt werden, die das „deutsche Europa“ unter den Hitlerfaschisten annahm. So heißt es in den Kriegszielrichtlinien des Reichskanzlers Bethmann Hollweg vom 9. September 1914: *„Es ist zu erreichen die Gründung eines mitteleuropäischen Wirtschaftsverbandes durch gemeinsame Zollabmachungen, unter Einschluß von Frankreich, Belgien, Holland, Dänemark, Österreich-Ungarn, Polen und evtl. Italien, Schweden und Norwegen. Dieser Verband, wohl ohne gemeinsame konstitutionelle Spitze, unter äußerlicher Gleichberechtigung seiner Mitglieder, aber tatsächlich unter deutscher Führung, muß die wirtschaftliche Vorherrschaft Deutschlands über Mitteleuropa stabilisieren.“*<sup>7</sup> Am 9. September 1943, die Schlacht um Stalingrad war verloren, die Blitzkriegsstrategie endgültig gescheitert, und Teilen des faschistischen Staatsapparats wurde klar, daß einen wirklichen Weltkrieg das Reich weder militärisch noch ökonomisch bestehen würde können, entwarf das Auswärtige Amt eine Denkschrift über die Schaffung eines Europäischen Staatenbundes, in der nicht nur der berüchtigte Satz zu finden ist: *„Der Kampf Deutschlands gegen England ist der europäische Einigungskrieg“*, sondern eben auch dies: *„Die Lösung der europäischen Frage kann nur auf föderativer Basis herbeigeführt werden, indem die europäischen Staaten sich aus freiem, der Einsicht der Notwendigkeit entsprungenen Entschluß zu einer Gemeinschaft souveräner Staaten zusammenschließen.“*<sup>8</sup>

Man beachte: Das waren *Kriegsziele* und wurden als solche begriffen und verfolgt. Insbesondere vor dem 2. Weltkrieg und in diesem Krieg war die Ausgangsbasis für den Kampf um die Weltherrschaft und gegen die Arbeitermacht in der UdSSR anders auch gar nicht herstellbar. Der Staat der deutschen Monopole war hoch verschuldet, litt an Rohstoff-, Devisen- und Lebensmittelknappheit. Die Herrschaft über einen großen Teil des europäischen Kontinents war zum einen die Voraussetzung dafür, überhaupt in den Besitz der materiellen Mittel für einen Weltkrieg zu kommen, zum anderen war sie angesichts der ökonomischen

---

<sup>7</sup> Zit. nach Reinhard Opitz (Hrsg.): Europastrategien des deutschen Kapitals. Bonn 1994, S. 217. Zu den Kriegszielen des 1. Weltkriegs siehe auch: Eggerdinger: Von Anschluß an die Centralmacht. Streitbarer Materialismus Nr. 14, München 1991

<sup>8</sup> Opitz, a.a.O., S. 957 und 959

Schwäche des deutschen Imperialismus anders als mit militärischen Mitteln nicht zu bekommen. Es war also weder „Irrsinn“ noch „Größenwahn“ Hitlers, was zum Anschluß Österreichs, zur Okkupation des „Sudetengebiets“, zur anschließenden – wie man es nannte – „Erledigung der Rest-Tschechei“ und zum Angriff auf Polen zwang, der dann der Auslöser für den Weltkrieg wurde. Es war schlicht notwendig.

Die „Stabilisierung der wirtschaftlichen Vorherrschaft Deutschlands über Mitteleuropa“ (Bethmann Hollweg), die „europäische Verbrämung unseres Machtwillen“ (Kurt Riezler, persönlicher Referent des Reichskanzlers Bethmann Hollweg, in einem Tagebucheintrag 1915<sup>9</sup>) scheint heute erreicht, die „Berufung der Deutschen“<sup>10</sup> erfüllt, ohne daß ein Schuß gefallen wäre. Nach der Annexion der DDR, durch seine Vormachtstellung bei der Aneignung gesellschaftlichen Reichtums in den ehemals sozialistischen Ländern Osteuropas hat der deutsche Imperialismus sich ökonomische Ressourcen des Kontinents in einem Ausmaß einverleibt, das im letzten Jahrhundert nur Ergebnis von Kriegen sein konnte. Und doch scheint auf der politischen Ebene der Höhepunkt überschritten. Es gelang der Merkel-Regierung zwar noch, den meisten Regierungschefs Europas die deutsche Aushungerung im sogenannten „Fiskalpakt“ aufzuzwingen. (*„Selbstverständlich entscheiden die europäischen Regierungschefs eigenständig und in voller nationaler Souveränität darüber, wie sie Frau Merkels Befehle ausführen.“*<sup>11</sup>) Aber die Tinte unter deren Unterschrift war noch nicht trocken, als ein europäischer Staat nach dem anderen erklärte, diesen Pakt keinesfalls einhalten zu können und zu wollen. Wo aber Verträge nicht nur gebrochen, wo Verträge mit der erklärten Absicht geschlossen werden, gegen sie zu verstoßen, da ist Kohls „europäischer Ausgleich“ unter deutscher Führung gescheitert, funktioniert Riezlers „europäische Verbrämung“ deutschen Machtwillens nicht mehr, und rückt der Normalzustand des untergehenden Kapitalismus, der Krieg näher und näher; und ist Frau Merkels Drohung im Bundestag (siehe oben) eben kein Ausrutscher. Machen wir uns nichts vor: Die Herrschenden reden vom Krieg. Und wenn die Krieg sagen, dann meinen die Krieg. So sieht die „Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik“, führende Denkfabrik für künftige deutsche Weltmachtrollen, die Welt von morgen, nämlich: wie die Welt von gestern: *„Wenn Rußland, China, Indien, die USA und andere Mächte permanent um Interessensphären streiten, sich belauern und zu übertrumpfen suchen, sind wir wieder da angelangt, wo Europa vor dem Ersten Weltkrieg stand. Der Ausbruch eines großen Krieges wird wieder denkbar, zumindest Stellvertreterkriege sind zu erwarten. Weltpolitik wird zum Nullsummenspiel, zum Kampf um nationale Vorteile auf Kosten der Anderen. Internationale Institutionen und internationale Verträge verlieren an Geltung. Alle Fortschritte der vergangenen Jahrzehnte auf dem Weg zu einer sichereren, friedlicheren und freieren Weltgemeinschaft würden aufs Spiel gesetzt. Eine darwinistische Konkurrenz der Starken, bei der die Schwachen zu Spielbällen würden.“*<sup>12</sup>

Aber die Schwachen sind längst zu „Spielbällen“ (wenn man denn unbedingt euphemistisch formulieren will) geworden. Wie soll es denn zum Krieg kommen, wenn die deutschen Monopole die von ihnen stets angestrebte Vorherrschaft in Europa doch so weitgehend ohne den Einsatz des Militärs erreicht haben? Wer so fragt, sollte sich zunächst einmal klarmachen, wie zutiefst chauvinistisch und zynisch diese Frage ist. Der Frieden gesichert dadurch, daß die deutschen Banken und Monopole in Europa einen Zustand herbeigeführt haben, der den Ergebnissen der letzten Krieg immer mehr gleicht? Heißt nicht die erreichte deutsche

---

<sup>9</sup> Zitiert nach Reinhard Opitz: Europastrategien des deutschen Kapitals, Bonn 1994, S. 304

<sup>10</sup> „Wir sind ein zutiefst europäisches Land; die Berufung der Deutschen liegt im europäischen Ausgleich.“ (Helmut Kohl, 1991)

<sup>11</sup> Frankfurter Allgemeine Zeitung, 5.3.2012, S. 12

<sup>12</sup> Ulrich Speck: Pfeiler der Freiheit. In: Internationale Politik, Mai/Juni 2012. Das Heft steht übrigens unter dem Leitthema „In Führung gehen“.

Vorherrschaft in Europa, daß zur Rettung der deutschen Bankprofite Griechenland seiner Häfen, Flughäfen und Krankenhäuser beraubt wird, Hunderttausende kleiner Gewerbetreibender ihre Existenz verlieren, jeder zweite Jugendliche ohne Chance auf eine Zukunft ist, Kinder in den Schulen vor Hunger zusammenbrechen und die Arbeiter, so sie überhaupt noch Arbeit haben, von 26 Euro am Tag ihre Familie ernähren sollen?<sup>13</sup> Heißt nicht die erreichte deutsche Vorherrschaft in Europa, daß Deutsche Bank und Co die Gebäude und Weinberge Spaniens, die Kohlegruben Polens, die Industrie der Tschechischen Republik und die Häuser der irischen Bevölkerung längst als Pfand besitzen? Pfänder freilich, um deren Einlösung in der „darwinistischen Konkurrenz der Starken“, von der die Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik spricht, ein erbitterter Kampf geführt werden wird.

Aber unsere Kritik des sterbenden Kapitalismus ist natürlich keine moralische. Unsere Kritik hat im Nachweis zu bestehen, daß es von seinen eigenen Widersprüchen zersetzt ist und an die Schwelle seiner Ablösung gelangt ist. Wobei wir allerdings nicht vergessen, daß die Waffe der Kritik die Kritik der Waffen nicht ersetzen kann.<sup>14</sup>

Die derzeitige Finanzkrise, die sich in Europa unter anderem als „Eurokrise“ manifestiert ist Produkt einer umfassenden und nicht heilbaren Krise der kapitalistischen Produktionsweise. Die Erscheinungsform dieser Finanzkrise am äußersten Ende der kapitalistischen Ära ist doch, daß fiktives Kapital<sup>15</sup> nicht mehr oder nur mehr mit dem Einsatz außerökonomischer Mittel (wie es die diversen Raubpakete gegenüber den schwächeren kapitalistischen Ländern Europas sind), letzten Endes durch den Einsatz von Gewalt „verwertet“ werden kann. Die Frage aber ist: Woher stammt denn diese Unmenge an fiktivem Kapital? Es stammt aus der Rebellion des Reichtums gegen seine kapitalistische Form. Ein ökonomisches System, das seine historische Notwendigkeit und Daseinsberechtigung<sup>16</sup> aus der Ausbeutung des

---

<sup>13</sup> Das in Griechenland derzeit meist verkaufte Buch heißt „Hungerrezepte“ und bringt „Kochrezepte“ aus der Zeit der deutschen Besetzung im 2. Weltkrieg, als 600.000 Griechen an dieser Besetzung und der Ausplünderung ihres Landes verhungerten.

<sup>14</sup> „Die ökonomische Wissenschaft kann in der sittlichen Entrüstung, und wäre sie noch so gerechtfertigt, keinen Beweisgrund sehen, sondern nur ein Symptom. Ihre Aufgabe ist vielmehr, die neu hervortretenden gesellschaftlichen Mißstände als notwendige Folgen der bestehenden Produktionsweise, aber auch gleichzeitig als Anzeichen ihrer hereinbrechenden Auflösung nachzuweisen, und innerhalb der sich auflösenden ökonomischen Bewegungsform die Elemente der zukünftigen, jene Mißstände beseitigenden, neuen Organisation der Produktion und des Austausches aufzudecken.“ (Friedrich Engels: Herrn Eugen Dührings Umwälzung der Wissenschaft. MEW Bd. 20, S. 139)

<sup>15</sup> Staatspapiere und Staatsschulden sind fiktives Kapital par excellence. Man investiert eine Geldsumme, und sie vermehrt sich. Aber eben nicht durch ihren Einsatz als Kapital, d.h. als in Ausbeutung von Arbeitern angelegt und dadurch vermehrt. Sondern: „Nicht nur, daß die Summe, die dem Staat geliehen wurde, überhaupt nicht mehr existiert. Sie war überhaupt nie bestimmt, als Kapital verausgabt, angelegt zu werden, und nur durch ihre Anlage als Kapital hätte sie in einen sich erhaltenden Wert verwandelt werden können.... und von dem Moment an, wo die Schuldscheine unverkaufbar würden, fiel der Schein dieses Kapitals weg.“ (Karl Marx: Das Kapital, Bd. III, MEW Bd. 25, S. 483) „Das Volk weiß sehr wohl aus Erfahrungen am eigenen Beutel, wie schwer die Staatsschuld auf der Besteuerung lastet; doch nur wenige wissen, unter welchen eigentümlichen Verhältnissen diese Schuld kontrahiert wurde und weiter besteht. Der ‚Staat‘, dieses gemeinsame Machtmittel der miteinander verfilzten Land- und Börsenspekulanten, braucht Geld, um die Unterdrückung im Inland wie im Ausland durchzuführen. Von Kapitalisten und Wucherern leiht er Geld aus und gibt ihnen dafür ein Stück Papier, in dem er sich verpflichtet, für jede geliehenen 100 Pfd. St. soundso viel an Zinsen zu zahlen. Mittel, um diese Gelder zu bezahlen, zieht er in Form von Steuern aus den Taschen der Arbeiterklasse, so daß es also das Volk selbst ist, das seinen Bedrückern als Bürge jenen Leuten gegenüber dienen muß, die ihr Geld herleihen, damit dem Volk der Hals abgeschnitten werden kann.“ (Karl Marx: Die neue Finanzgaukelei oder Gladstone und die Pennies, MEW Bd. 9, S. 43ff.)

<sup>16</sup> Natürlich war der Kapitalismus notwendig, notwendig im dialektischen Sinn: „Die Rechtfertigung des Grundeigentums, wie die aller andren Eigentumsformen einer bestimmten Produktionsweise, ist die, daß die Produktionsweise selbst transitorische Notwendigkeit besitzt, also auch die Produktions- und Austauschverhältnisse, die aus ihr entspringen.“ (Karl Marx, Kapital Bd. III, MEW Bd. 25, S. 636)

unmittelbaren Produzenten als Lohnarbeiter bezog, kann einen immer größeren Teil seines Reichtums eben nicht mehr in diese Ausbeutung stecken. Selbst im Höhepunkt des letzten Krisenzyklus 2007 wurden nicht einmal 10% der „Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen“ wieder in Produktion investiert. Die sogenannte Marktkapitalisierung der Weltbörsen, also die weltweit in Aktien von Unternehmen angelegten Summen<sup>17</sup>, betrug 2011 52 Billionen Euro, die gesamten Staatsanleihen weltweit im selben Jahr 43 Billionen Euro.<sup>18</sup> Ein immer größerer Teil des Reichtums der Monopole wird also aus den Arbeitern und dem Volk nicht mehr in Form der Lohnarbeit, sondern durch Steuern, Plünderung der Sozialkassen, durch Inflation herausgepreßt. Ein Hebel dazu ist die Staatsschuld, jenes „Aufsaugemittel überschüssigen Reichtums“ (Marx). Staatspapiere verbiefen die Berechtigung für die, deren Staat der Staat ist, das eigene Volk wie andere Völker nach der in den kapitalistischen Hauptländern immer weniger werdenden Ausbeutung in den Fabriken noch weiter zu schröpfen. Ende 2011 haben die Staatsschulden der EU-27 mit 10.422 Milliarden Euro die 10-Billionen-Grenze überschritten.

Die Staatsschuld ist also kein „Betriebsunfall“, keine „Fahrlässigkeit“ von Regierenden. Sie ist unabdingbar, soll unter den Bedingungen des Siechtums der überholten Produktionsweise Kapitalismus der abgepreßte Reichtum wenigstens noch konserviert werden. Nichts kindlicher also als die Rechnung, die doch so gerne aufgemacht wird: Ende 2011 betrug die offizielle<sup>19</sup> Staatsschuld der BRD samt annektierter DDR 2088 Milliarden Euro. Zum gleichen Zeitpunkt betrug das Geldvermögen der Reichen dieses Landes 4715 Milliarden Euro.<sup>20</sup> Mit der Hälfte ihres Geldvermögens könnte also die herrschende Klasse samt ausgehaltenem Anhang die Staatsschuld zurückzahlen. Reichtum und Staatsschuld aber bedingen einander in der allgemeinen Krise des Kapitalismus. Vorbei die Zeiten, als die klassische bürgerliche Ökonomie wie etwa David Ricardo die Staatsschuld als Verschwendung von Reichtum anprangerte: *"Durch verschwenderische Ausgaben seitens der Regierung und einzelner Personen und durch Anleihen verarmt das Land; daher wird jede Maßnahme, welche darauf gerichtet ist, öffentliche und private Sparsamkeit zu fördern, die ökonomische Notlage lindern."*<sup>21</sup>

Dieser Bereich des fiktiven Kapitals entwickelt freilich ein Eigenleben; der Kredit und die Staatsschuld werden stets aufs Neue zur Basis neuen Kredits und neuen Kreditgolds – bis sich herausstellt, daß die Ansprüche darauf gar nicht befriedigt werden können: Die griechischen Arbeiter müßten 14, die deutschen über 20 Jahre ohne Lohn arbeiten, um die Staatsschulden

---

<sup>17</sup> In gewisser Weise sind auch Aktien fiktives Kapital: Die Papierchen führen an der Börse ein Eigenleben, das mit dem Wert der Unternehmen, an denen sie angeblich Anteile verbiefen, nichts zu tun hat. Aber sie repräsentieren zumindest Kredite an *Unternehmen*, also Ausbeutungsinstrumente.

<sup>18</sup> Handelsblatt, 1.12.2011

<sup>19</sup> Hier ist mit gutem Grund die Rede von den „offiziellen“ Staatsschulden. Die obigen Zahlen stammen von Eurostat. Eurostat zählt aber nur die gemeldeten Staatsschulden. Aber: *"Fünf Banken haben in Deutschland inzwischen ihre Krisenpapiere und Randgeschäfte in Bad Banks abgeschoben. Der Gesamtwert der Schrottportfolios beläuft sich aktuell auf die sagenhafte Summe von etwa 430 Milliarden Euro."* Über den Bankenrettungsfonds Soffin haftet die Bundesregierung für die Bad Banks von Hypo Real Estate und WestLB. *"Weil das Haftungspolster für die HRE-Bad-Bank aufgebraucht ist, erhöhen ihre Verluste faktisch die Verschuldung der öffentlichen Hand. In der offiziellen Statistik, die Deutschland an die EU-Kommission meldet, tauchen die Verluste der Bad Banks jedoch nicht auf. 'Die Soffin ist ein Schattenhaushalt des Bundesfinanzministers', sagt Gerhard Schick, Finanzexperte der Grünen im Bundestag und Kontrolleur im Parlamentarischen Finanzmarktgremium."* (Wirtschaftswoche, 21/2012)

<sup>20</sup> Handelsblatt, 25.5.2012

<sup>21</sup> David Ricardo: Grundsätze der Volkswirtschaft und Besteuerung. Zit. nach: E. Bregel: Steuern, Anleihen und Inflation im Dienste des Imperialismus. Berlin (DDR) 1955, S. 187

ihrer respektiven Herren zurückzuzahlen – ein Ding der Unmöglichkeit.<sup>22</sup> Und das verführt viele (man muß sagen: die meisten) linken Kritiker dazu, nur die Krise der Zirkulationssphäre zu sehen und nicht zu bemerken, daß wir es hier mit der Krankheit zum Tode einer *Produktionsweise* zu tun haben. Oder es werden von ihnen gar Vorschläge gemacht, dem Problem mit dem Einsatz von Hausmittelchen wie der Finanztransaktionssteuer oder dem Rat zu Leibe zu rücken, „den Bankensektor an die Kandare zu nehmen“. Als könne man einen Todkranken dadurch heilen, daß man ihm das eine oder andere Furunkel ausdrückt. Aber sollte es uns wirklich um die Heilung des Kapitalismus gehen? Oder nicht vielmehr darum, ihm so rasch wie möglich den Garaus zu machen?

So wird gerade auf die Spitze getrieben, was Lenin vor 100 Jahren für die Anfänge des Imperialismus beschrieb: Bestimmte Grundeigenschaften des Kapitalismus beginnen, in ihr Gegenteil umzuschlagen.<sup>23</sup>

Die Staatsschuld und damit das unbedingte Versprechen der finanzkapitalistischen Machtapparate, eine Vermehrung des fiktiven Kapitals unter allen Umständen aus der eigenen Bevölkerung wie aus anderen Völkern herauszupressen, ist nur Teil dieser Entwicklung. Es soll an einigen anderen Grundverhältnissen des Kapitalismus noch gezeigt bzw. angerissen werden.

### **Zerstörung des Normalarbeitsverhältnisses**

Der Kapitalismus, der in seinen Anfangszeiten mit Feuer und Schwert die Bauern entwurzelte und in die Fabriken jagte, kann mit der menschlichen Arbeitskraft immer weniger anfangen. „*Es tritt hiermit offen hervor, daß die Bourgeoisie unfähig ist, noch länger die herrschende Klasse der Gesellschaft zu bleiben und die Lebensbedingungen ihrer Klasse der Gesellschaft als regelndes Gesetz aufzuzwingen. Sie ist unfähig zu herrschen, weil sie unfähig ist, ihrem Sklaven die Existenz selbst innerhalb seiner Sklaverei zu sichern...*“<sup>24</sup> Einen Großteil der 6 Milliarden Menschen auf der Welt kann der Kapitalismus nicht einmal mehr ausbeuten. In einem – noch – hochindustrialisierten Land wie der BRD leben 7,4 Millionen von Minijobs, waren im Jahr 2011 1,8 Millionen als moderne Tagelöhner bei halbem Lohn in der Zeitarbeit beschäftigt. Von 5000 durch die IG Metall befragten Betrieben beutete ein Drittel Arbeiter auf Werksvertragsbasis aus – mit 5 Wochenstunden mehr als im Tarifvertrag steht und 500 bis 800 Euro weniger Lohn. Selbst 560.000 Vollbeschäftigte in der BRD und der annektierten DDR verdienen weniger als das Existenzminimum. In der EU waren Ende 2011 24 Millionen erwerbslos, hatten also nicht einmal ein paar Stunden in der Woche Arbeit. Mehr als jeder fünfte Jugendliche (21,6%) in der EU ist arbeitslos. Im Ergebnis: *„Fast jeder vierte Europäer war 2010 durch Armut und soziale Ausgrenzung gefährdet. Das geht aus einer aktuellen Untersuchung der in Luxemburg beheimateten Statistikbehörde Eurostat hervor. Demnach lebten in den 27 EU-Ländern mehr als 115 Millionen Menschen an der Armutsgrenze - etwa zwei Millionen Europäer mehr als 2009.“*<sup>25</sup>

Das Lohnsystem funktioniert – aber es hebt dabei seine eigene Grundlage, den freien Lohnarbeiter auf, es hebt die Bezahlung auch nur annähernd nach dem Wert der Arbeitskraft auf. Im Versuch, sich zu retten, zerstört es seine Grundlagen. Es ist schlicht jämmerlich, wenn die DGB-Gewerkschaften an jedem 1. Mai und in jeder Tarifrunde den Kapitalisten auf den

---

<sup>22</sup> In einem lichten Moment das Handelsblatt (15.12.11): „*Es gibt zu viele Vermögen. Die Schuldenkrise ist die Kehrseite eines übermäßigen Aufbaus an Vermögen, das durch keine Substanz gedeckt ist.*“

<sup>23</sup> W.I. Lenin: Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus, Werke Bd. 22, S. 269

<sup>24</sup> Karl Marx/Friedrich Engels: Manifest der Kommunistischen Partei. München 2004, S. 51

<sup>25</sup> Kölner Stadt-Anzeiger, 14.2.12. Die übrigen in dieser kurzen Zusammenstellung genannten Fakten stammen aus: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 1.2.12, 19.3.12, 26.3.12, 3.4.12, 20.4.12, Handelsblatt 16.3.12, „Sozialismus“ 3/2012.

Knien schwören, hierzulande werde doch „gute Arbeit“ geleistet. Genau das ist es ja! Die gute Arbeit, geleistet für die Falschen, für Kapitalisten, die nicht produzieren, was das Volk braucht, sondern die die Fabrikture nur öffnen, solange aus jedem Brocken Kohle, jedem einzelnen Autos, jeder Scheibe Wurst und jedem Meter verlegtem Kabel beim Warenverkauf Profit realisiert werden kann, denen dies aber für einen Großteil der Waren nicht mehr gelingt, weil der kapitalistische Reichtum die Welt arm gemacht hat – diese gute Arbeit wendet sich gegen uns und gegen die Werktätigen anderer Länder.

Es ist das selbe wie bei der kleinbürgerlichen Kritik der Staatsschuld: Kritik, die die Selbstbewegung des kritisierten Gegenstands nicht anerkennen mag, ist Klage. Kapitalismus ja – aber ohne Imperialismus. Imperialismus ja – aber ohne Finanzkapital. Finanzkapital ja – aber ohne Großbanken und Spekulation. *„Seinen entsprechenden Ausdruck erreicht der Bourgeoisozialismus erst da, wo er zur bloßen rednerischen Figur wird“* höhnten Marx und Engels 1848.<sup>26</sup> Sie müssen die heutigen Gewerkschaftsführer vorweggeahnt haben.

### **Die faulen Kredite kommen von der Fäulnis des Kredits**

Der Kapitalismus als ein geschichtlicher Fortschritt brauchte den Kredit als gewaltigen Hebel zur Entwicklung einer vergesellschafteten Produktion und damit einer Erweiterung des gesellschaftlichen Reichtums. Jeder Groschen, jeder Schilling, jeder Cent, aus welcher kleiner Ersparnis auch immer, jede Geldsumme, die ein bestimmter Kapitalist gerade nicht zur Fortführung der Produktion brauchte – all das mußte „eingesammelt“ und als Kredit jenen industriellen Kapitalisten zur Verfügung gestellt werden, denen die Aufnahme und Erweiterung von Produktion aus Mangel an Geldkapital nicht möglich war. Die Banken waren die Vermittler dieses Prozesses, die Aktiengesellschaft die höchste Form einer Vergesellschaftung der Produktion, die kein Einzelkapital hätte zustandebringen können.<sup>27</sup> Freilich: Nur so weit die Anhäufung der mit dem kapitalistischen Kredit einhergehenden Papiere, der Aktien, Anteils- und Schuldscheine, Anleiheverbriefungen etc. wirklich die Akkumulation von Kapital anzeigt, *„drückt sie die Erweiterung des wirklichen Reproduktionsprozesses aus“*.<sup>28</sup> Hier aber ist bereits die Grundlage gelegt für die Fäulnis des Kredits. Es ist einer Summe Geldes nicht anzusehen, ob sie aus blühender Produktion resultiert und als Kredit gegeben wird für die Erweiterung einer eben solchen Produktion; oder ob sie verliehen wird gerade wegen der *Unmöglichkeit* einer solchen Erweiterung der Produktion, wegen ihrer Nichtverwendbarkeit als industrielles Kapital. Daß also *„eine Anhäufung, eine Überreichlichkeit von Leihkapital stattfinden kann, die nur insofern mit der produktiven Akkumulation zusammenhängt, als sie im umgekehrten Verhältnis dazu steht“*.<sup>29</sup>

Der Kredit selbst ist es, der dies ermöglicht. Er befähigt die Kapitalisten, die Produktion weit über die Möglichkeit hinaus auszudehnen, die die Verwertung des Einzelkapitals hergegeben hätte. Er verschärft den Widerspruch zwischen der *Armut und Konsumtionsbeschränkung der Massen gegenüber dem Trieb der kapitalistischen Produktion, die Produktivkräfte so zu*

---

<sup>26</sup> Manifest der Kommunistischen Partei, a.a.O., S. 72

<sup>27</sup> Es kann nicht oft genug betont werden, daß eine Aktie nichts anderes ist als die Verbriefung eines Kredits an eine AG. Sie verleiht keinen anderen Anspruch als den, aus künftigem Profit einen Zins in Form der Dividende zu erhalten. *„Die Eigentumstitel auf Gesellschaftsgeschäfte, Eisenbahnen, Bergwerke etc. sind ... zwar in der Tat Titel auf wirkliches Kapital. Indes geben sie keine Verfügung über dies Kapital. Es kann nicht entzogen werden. Sie geben nur Rechtsansprüche auf einen Teil des von denselben zu erwerbenden Mehrwerts.“* (Karl Marx: Das Kapital, Bd. III, MEW Bd. 25, S. 494) Trotzdem wird den Arbeitern seit Jahr und Tag eingeredet, mit einer Belegschaftsaktie erwürben sie einen Anteil am Unternehmen. Einen Dreck tun sie. Sie erwerben nichts als einen Bezugsschein auf einen Teil des Mehrwerts, der aus ihnen herausgepreßt werden wird. Zuvor aber haben sie dem Ausbeuter aus ihrem Lohn einen Kredit dafür gegeben. Sie zahlen also auf jeden Fall drauf.

<sup>28</sup> Marx: Kapital Bd. III, a.a.O. S. 494

<sup>29</sup> Marx: Kapital Bd. III, a.a.O. S. 511

*entwickeln, als ob nur die absolute Konsumtionsfähigkeit der Gesellschaft ihre Grenze bilde“.<sup>30</sup> Das heißt nichts anderes, als daß eine Anhäufung von Kreditverbriefungen, Ansprüchen auf künftiges Geld stattfindet, die angesichts der Enge der Märkte, der Überkapazitäten in der kapitalistischen Produktion, der durch die Monopole verhinderten Neuanlage von Kapital immer weniger aus der Ausbeutung von Arbeitern im kapitalistischen Produktionsprozeß „verwertet“ werden kann. „Stößt aber diese neue Akkumulation in ihrer Anwendung auf Schwierigkeiten, auf Mangel an Anlagesphären, findet also Überfüllung der Produktionszweige und Überangebot an Leihkapital statt, so beweist diese Plethora des leihbaren Geldkapitals nichts anderes als die Schranken der kapitalistischen Produktion.“<sup>31</sup>*

Wir haben hier sehr häufig Marx zitiert. Es ging uns dabei auch darum: zu zeigen, daß ein Zustand der „Schranken der kapitalistischen Produktion“, wie er im 20. und 21. Jahrhundert chronisch geworden ist, in den Widersprüchen der kapitalistischen Produktionsweise selbst angelegt ist. Woher denn der ungeheure Haß von Leuten, die durchaus einmal den einen oder anderen Satz von Marx zitieren (ohne ihn freilich verstanden zu haben), auf Lenin? Natürlich zum einen, weil Lenin eine Revolution angeführt hat, die praktisch bewies, daß und wie mit der Ausbeuterordnung Schluß gemacht werden kann, daß und wie sie ersetzt werden kann durch eine Arbeiterordnung und -produktion, die keine Überproduktionskrisen und keine Notwendigkeit von Kriegen kennt – was den Ärzten am Krankenbett des Kapitalismus natürlich zutiefst zuwider ist. Zum anderen aber doch auch, weil er theoretisch nachgewiesen hat, daß der Imperialismus mit seiner Fäulnis, seinen Weltkriegen das *höchste* und zugleich *letzte* Stadium des Kapitalismus ist. Daß er das Monopol aus der freien Konkurrenz, das Finanzkapital aus der Verschmelzung von Bank- und Industriekapital, Kapitalexport und Kolonialismus aus den inneren Widersprüchen der kapitalistischen Hauptländer erklärte. Er hat uns, indem er das Monopol als das grundlegende Verhältnis des Imperialismus enthüllte, bewiesen, daß der Imperialismus nicht – wie Lenins Kontrahent Kautsky es darstellte – eine bestimmte *Politik* ist, die der Kapitalismus verfolgen kann, an der man ihn aber auch hindern kann. Er hat, mit anderen Worten, nachgewiesen, daß über den Imperialismus nicht jammern soll, wer nicht bereit ist, den Kapitalismus zu bekämpfen. „*Am gefährlichsten sind in dieser Hinsicht Leute, die nicht verstehen wollen, daß der Kampf gegen den Imperialismus eine hohle, verlogene Phrase ist, wenn er nicht unlöslich verknüpft ist mit dem Kampf gegen den Opportunismus.*“<sup>32</sup>

Deswegen ist Lenin nicht nur der politische Führer des praktischen Übergangs vom Kapitalismus (mit dem Imperialismus als letztem Stadium) zum Kommunismus (mit dem Sozialismus als erstem Stadium) in Rußland. Er ist auch der Theoretiker dieses Übergangs. So nah aber ist die neue Welt, daß man Lenins theoretischen Schlußfolgerungen nicht folgen kann, ohne seine praktischen mitzuvollziehen. „*Die Fragen, schrieb er, ob eine Änderung der Grundlagen des Imperialismus durch Reformen möglich sei, ob man vorwärts gehen solle, zur weiteren Verschärfung und Vertiefung der durch ihn erzeugten Widersprüche, oder rückwärts, zu deren Abstumpfung, das sind Kernfragen der Kritik des Imperialismus.*“<sup>33</sup> In diesem Satz liegt die ganze Kollision zwischen Reform und Revolution, Kampfgeist und Defätismus, Zuversicht und ängstlichem Zurückweichen vor Augen. So nahe beieinander liegen in dieser Epoche der Revolutionen und Weltkriege die Waffe der Kritik und die Kritik der Waffen, daß unsere Schönredner, Doktor Eisenbarts und Kautskyaner buchstäblich keinen Satz des

---

<sup>30</sup> Marx: Kapital Bd. III, a.a.O. S. 501

<sup>31</sup> Marx: Kapital Bd. III, a.a.O., S. 523

<sup>32</sup> W.I. Lenin: Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus, München 2001, S. 144

<sup>33</sup> Ebda. S. 125

Theoretikers Lenin mehr zitieren können, ohne, wenn sie auch nur halbwegs ehrlich sind, schamrot zu werden. Deswegen hassen sie ihn so.<sup>34</sup>

Lenin verstand, den Marxismus anzuwenden. Der gewaltige Sprung in der Theorie des Marxismus, den er mit „Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus“ vollzog, bestand unter anderem darin nachzuweisen, nicht nur *daß*, sondern *wie* bestimmte Grundeigenschaften des Kapitalismus in ihr Gegenteil umschlagen. Zum Beispiel, wie „*die Warenproduktion, obwohl sie nach wie vor ‚herrscht‘ und als Grundlage der gesamten Wirtschaft gilt, in Wirklichkeit bereits untergraben ist und die Hauptprofite den ‚Genies‘ der Finanzmenschenschaften zufallen.*“<sup>35</sup>

Genau dieses Umschlagen geschieht auch mit dem Kredit. Mit dem dem Imperialismus und seiner allgemeinen Krise selbst geschuldeten überreichlichen Vorhandensein von in der industriellen Produktion nicht mehr anwendbarem Reichtum „*muß sich also die Notwendigkeit entwickeln, den Produktionsprozeß über seine kapitalistischen Schranken hinauszutreiben: Überhandel, Überproduktion, Überkredit. Gleichzeitig muß dies stets in Formen geschehen, die einen Rückschlag hervorrufen*“.<sup>36</sup> Das neue und Marx zwangsläufig noch unbekanntes Kennzeichen der seit nunmehr Jahrzehnten andauernden allgemeinen Krise ist, daß eben diese Formen chronisch geworden sind. Quantität schlägt in Qualität um. Der Kredit, der sich auf Staatsschuld und Spekulation wirft statt auf Produktion, wird aus einem Mittel der Förderung von Produktion und gesellschaftlichem Reichtum zu einem Mittel ihrer Vernichtung. 2011 mußte Griechenland 7 Prozent seines Bruttoinlandsprodukts zur Bedienung des Kredits an die Großbanken Europas abliefern. In Italien waren es 4,8 Prozent, in Ungarn 4,2 Prozent, in Portugal 2,9 Prozent.<sup>37</sup> Die BRD, in die Lage Griechenlands gestellt, müßte jedes Jahr 224 Milliarden Euro aus dem geschaffenen Wert an ausländische Großbanken bezahlen. Die Zeitschrift Lunapark21 hat einmal ausgerechnet, was die dem griechischen Volk oktroyierten Raubpakete, umgerechnet auf die BRD, hierzulande für Auswirkungen hätten: „Sparpaket I“ (Frühjahr 2010): Streichung des gesamten Bundeshaushalts für Arbeit und Soziales; „Sparpaket II“ (Juni 2010): Streichung eines kompletten Bundesetats für ein Jahr; „Privatisierungsprogramm“: Komplettverkauf der 20 größten deutschen Konzerne nach Börsenwert; erzwungene Entlassungen im öffentlichen Dienst: Streichung von 1.150.000 Stellen im öffentlichen Dienst der BRD.<sup>38</sup>

Und nun halte man gegen diese Fakten die verlogenen Forderungen von Herrn Hollande bis zu den deutschen Gewerkschaftsführungen, den sogenannten Krisenländern mehr Kredite für den Aufbau von Produktion zur Verfügung zu stellen. Angesichts der Überkapazitäten in den wesentlich produktiveren imperialistischen Kernländern, angesichts der ökonomischen Übermacht des deutschen Monopolkapitals, das seine Exportoffensiven auf eine besonders scharfe Ausbeutung der eigenen Arbeiter stützt ist jeder Versuch, konkurrierende Produktion in Griechenland, Spanien, Portugal aufzubauen von vornherein scheinheilig. Dementsprechend wird dort Unternehmenskredit, selbst wo er zur Verfügung steht, gar nicht

---

<sup>34</sup> Auch die Studierstubelehrten hassen ihn. Denn er spricht von der „*Theorie, die ihrerseits kein Dogma ist, sondern nur in engem Zusammenhang mit der Praxis einer wirklichen Massenbewegung und einer wirklich revolutionären Bewegung endgültige Gestalt annimmt.*“ (W.I. Lenin: Der "linke Radikalismus", die Kinderkrankheit im Kommunismus. Werke 31, S. 9)

<sup>35</sup> W.I. Lenin: Der Imperialismus..., a.a.O., S. 51

<sup>36</sup> Marx: Das Kapital Bd. III, a.a.O., S. 524

<sup>37</sup> Fred Schmid: EU-27: Die Schulden-Union. isw Mai 2012

<sup>38</sup> Lunapark21, 15/2011. Oder im Handelsblatt, bereits am 19.11.2010: „*13 Prozent des Sozialprodukts sollen die Griechen bis 2014 einsparen. Das wäre, wenn es gelänge, die größte Sparleistung, die je ein Staat in Friedenszeiten vollbracht hätte. Übersetzt auf unsere deutschen Verhältnisse würde das bedeuten: Abschaffung des Kindergeldes, Auflösung der Bundeswehr, Zurückfahren des Bundeszuschusses für die Sozialversicherungen auf null bei gleichzeitiger Verdoppelung der Lohnsteuer.*“

genutzt. *„Bisher scheinen die Banken der Krisenländer das EZB-Geld vor allem zur Rückzahlung von Bankanleihen und zum Kauf von Staatsanleihen verwendet zu haben, nicht dagegen zur Kreditvergabe. „Das Wichtigste an den Dreijahreskrediten der EZB war, die Refinanzierung der Banken zu sichern‘, sagt Marco Ryll, Kreditstrategie bei der Landesbank Baden-Württemberg.“<sup>39</sup>*

Woher kommt denn die immer raschere Kapitalflucht aus diesen Ländern? *„Im vergangenen Jahr schrumpften die Bankeinlagen in Hellas um 17 Prozent. In Irland zogen die Bürger sechs Prozent ihrer Einlagen ab. Seit Mitte 2011 hat die Kapitalflucht auch Spanien und Italien erfaßt, dort schrumpften die Bankeinlagen um fast drei beziehungsweise zwei Prozent.“<sup>40</sup>* Und während diese Zeilen geschrieben werden, meldet die Wirtschaftspresse, daß allein im 1. Quartal 2012 über 100 Milliarden Euro Spekulationskapital aus Spanien abgezogen wurden. Die nationalen Bourgeoisien dieser Länder werden pulverisiert in der umfassenden Krise der kapitalistischen Produktionsweise. Seit Jahrzehnten werfen sich die Finanzkapitalisten der Welt statt auf die Produktion auf Spekulation, Wucher und Erpressung – und sie können nicht anders. Nichts können sie also weniger gebrauchen als Länder, die jetzt noch für einen unter Überproduktion und Überkapazitäten ächzenden Weltmarkt produzieren. Den Völkern vorzugaukeln, der Imperialismus würde ihnen aus der von ihm verbrochenen Not helfen, indem er sie dabei unterstützt, Biobauernhöfe und Solaranlagen aufzubauen, ist ein Verbrechen an den Werktätigen dieser Länder. Und es ist der von den Gesundheitsbetern des Kapitalismus hierzulande wohlwollend unterstützte Versuch, die Werktätigen der imperialistischen Länder gegen ihre eigenen Brüder bei der Stange zu halten.

Derweil sie vor der Galerie ihr Stück „Stabilitätskultur oder Wachstumspakte“ aufführen, denken die deutschen Großmachtstrategen über ganz anderes nach, wie German Foreign Policy“ berichtet: *„Die deutschen Eliten gehen nun dazu über, in aller Öffentlichkeit Gewalt Szenarien zu debattieren. Bereits zu Monatsbeginn hat der Direktor des prominenten Hamburger WeltWirtschaftsInstituts, Thomas Straubhaar, in einem Zeitungsbeitrag gefordert, ein Protektorat über Griechenland zu errichten - unabhängig vom Wahlergebnis. (Thomas Straubhaar: 'Wir brauchen ein Protektorat', tagesspiegel.de, 6.5.12) Bei dem Land handele es sich um einen ‚failed state‘, einen ‚gescheiterte(n) Staat‘, der sich ‚nicht aus eigener Kraft (...) zu einem Neuanfang zwingen könne. Athen benötige ‚Unterstützung bei der Schaffung funktionsfähiger staatlicher Strukturen‘. Man müsse es deshalb ‚zu einem europäischen Protektorat‘ machen. ‚In diesem Punkt ist die EU gefordert‘, behauptet Straubhaar: ‚Sie müßte Griechenland bei einer institutionellen Modernisierung auf jeder Ebene, vor allem aber mit Verwaltungsangehörigen, Steuerfachkräften und Finanzbeamten unterstützen.“* Und die FAZ vom 18.5.12 spinnt den Gedanken weiter: *„An internationale Schutztruppen, wie sie*

---

<sup>39</sup> Handelsblatt, 2.5.12. Und dabei reden wir nur vom kläglichen Rest der „Hilfsgelder“, die überhaupt in Griechenland bleiben. Am Beispiel der „Hilfszahlungen“ vom Herbst 2011 rechnet die „Neue Zürcher Zeitung“ vom 11.11.11 vor, *„daß von der in den kommenden Wochen in Athen erwarteten Hilfszahlung von 8 Mrd. Euro wohl der kleinste Teil in Griechenland bleiben dürfte. Unter der Annahme, daß die 8 Mrd. € einer vierteljährlichen Tranche entsprechen, wird errechnet, daß nur 19% des Geldes für den laufenden Haushalt verfügbar bleiben. 23% fließen derweil an griechische Besitzer von Staatsanleihen (vor allem Banken), die etwa 100 Mrd. der Gesamtverschuldung von 350 Mrd. € finanzieren. 18% kassiert die Europäische Zentralbank (EZB), die 55 Mrd. € an griechischen Staatsanleihen direkt hält. Die über den Markt finanzierte Staatsschuld wird auf 175 Mrd. € geschätzt, so daß 40% an nichtgriechische Banken und Finanzinstitute gehen. Wobei auch jene 23%, die griechischen Finanzhäusern zugeschlagen werden, wieder zum großen Teil bei der EZB landen, weil Griechenlands Banken das Geld für die Refinanzierung bei der Frankfurter Behörde verwenden müssen.“*

<sup>40</sup> Wirtschaftswoche 10/2012. *„..... weil Schätzungen zufolge Sparer und Anleger in Spanien täglich rund 700 Millionen ins Ausland transferieren. Die meisten von ihnen ... suchen dabei Deutschland als sicheren Hafen.“* (Wirtschaftswoche 22/2012)

*weiter nördlich zur Stabilisierung taumelnder Staaten stationiert sind, wird man hoffentlich nicht denken müssen.*"<sup>41</sup> Was natürlich nichts anderes heißt als daß sie permanent dran denken.

Vom Treibmittel zur Vergrößerung gesellschaftlichen Reichtums und zur Vergesellschaftung der Produktion zum Explosionsstoff der Gewalt gegen Staaten und Völker – so sieht die Karriere des kapitalistischen Kredits im 20. und 21. Jahrhundert aus.

Und noch eine Lehre: Historisch überholte Produktionsweisen sterben auch, wenn sie nicht gestürzt werden. Aber ihr Sterben ist langsam, qualvoll für die Welt, reißt um so mehr Länder und Menschen in den Abgrund, je mehr sie davor den Reichtum gemehrt und die Gesellschaftlichkeit der Produktion gefördert haben. Jede Krise gefährdet das bürgerliche Eigentum bis zu einem gewissen Grad.<sup>42</sup> Die tiefe allgemeine Krise, die die bürgerliche Produktionsweise seit 100 Jahren etwa durchlebt, die in bisher drei Weltwirtschaftskrisen jeweils kulminierte und von ihnen befördert wurde, löscht die Bourgeoisien ganzer Länder aus, läßt einigen wenigen die Möglichkeit, als Geschäftsführer der großen Finanzkapitale, also als Kompradorenbourgeoisie weiterzuexistieren und wirft den größten Teil ins Proletariat, nicht selten unter Umgehung des Proletariats ins Lumpenproletariat hinab.

Und eines der sichersten Mittel, dies vor allem im Interesse der führenden Finanzkapitalisten Europas, der deutschen, zu bewerkstelligen ist der Euro.

### **Okkupationswährung Euro**

Es ist hier nicht der Platz für eine umfängliche Geldtheorie. Interessierte finden Näheres in Michael Seilers Aufsatz im „Streitbaren Materialismus“ Nr. 23.<sup>43</sup> Hier nur soviel: Der Imperialismus hat, mit dem Brandbeschleuniger des 1. imperialistischen Weltkriegs und seiner Kriegsfinanzierung durch Gelddrucken, das Geld bereits seiner wesentlichen kapitalistischen Funktionen entkleidet. Er hat es vom Wert gelöst, von der Deckung durch wirkliche Werte, seien sie Gold, Silber oder Handelsgeschäfte<sup>44</sup>. Seither ist das Geld kapitalistischer Staaten Kreditgeld, geschöpft durch die Bankensysteme, in Europa also durch das System der europäischen Zentralbanken mit der Europäischen Zentralbank (EZB) an der Spitze. Letztlich ist dieses Geld durch nichts gedeckt als durch – die Gewalt. Die Gewalt, es durch den Raub bei anderen Völkern in Wert umzusetzen. Durch die Gewalt des Staats der Monopole, es dem Volk ganz wegzunehmen, dieses mit 40 Mark pro Kopf abzuspeisen und nur die Produktionsmittelbesitzer ungeschoren zu lassen. Durch die Gewalt, durch die Inflationierung den Anteil der Arbeiter am Nationaleinkommen noch weiter zu drücken zu Nutz und Frommen der Kapitalisten und insbesondere ihrer Monopole. Ja, es ist Inflationierung, was hier betrieben wird. *„Das Kreditgeld selbst ist nur Geld, soweit es im Betrage seines Nominalwerts absolut das wirkliche Geld vertritt... Eine Entwertung des Kreditgeldes ... würde alle bestehenden Verhältnisse erschüttern.*“<sup>45</sup> Diese Erschütterung ist chronisch

---

<sup>41</sup> German Foreign Policy, 21.5.12. Spätestens seit den „Weißbuch der Bundesregierung“ von 2006 wissen wir, was deutsches Militär unter „failing states“ versteht: zum Einmarsch und zur Besetzung vorgemerktes Land.

<sup>42</sup> *„Die Produktivkräfte, die ihr zur Verfügung stehen, dienen nicht mehr zur Beförderung der bürgerlichen Eigentumsverhältnisse; im Gegenteil, sie sind zu gewaltig für diese Verhältnisse geworden, sie werden von ihnen gehemmt; und sobald sie dies Hindernis überwinden, bringen sie die ganze bürgerliche Gesellschaft in Unordnung, gefährden sie die Existenz des bürgerlichen Eigentums.“* (Marx/Engels, Manifest, a.a.O. S. 44)

<sup>43</sup> Michael Seiler: Währungen, die Geldware und der Kommunismus. In: Streitbarer Materialismus 23, München 1999, S. 45ff.

<sup>44</sup> Eine letzte Ahnung von dieser Deckung des Geldes durch wirkliche Warengeschäfte haben wir im Begriff des „Wechselkurses“ von Währungen. Der hatte nämlich ursprünglich gar nichts mit dem Umwechseln von – sagen wir – Dollar in britische Pfund zu tun. Er drückte die unterschiedlichen Preise gleichartiger Handelswechsel in den verschiedenen Währungen aus, machte sie also vergleichbar durch Bezug auf wirklichen Wert repräsentierende Papiere.

<sup>45</sup> Karl Marx: Das Kapital Bd. III, a.a.O. S. 532

geworden, manifestiert sich in einer endlosen Kette von Währungskrisen, Kreditkrisen – und eben auch im – wie sich erweist vergeblichen - Versuch des stärksten europäischen Imperialismus, dieser Erschütterung der Verhältnisse durch die Etablierung des Euro zu wehren. Wenn die EZB in den letzten Monaten rund eine Billion Euro faktisch zum Nullzins dem Bankensystem zur Verfügung gestellt hat, dann wird hier zwar kein einziger neuer Euroschein gedruckt. Dennoch ist es potentiell Flutung der Zirkulationskanäle mit frischem Geld. Nachlesen kann man das an den Zentralbankbilanzen. Seit 2005 ist die Bilanzsumme der EZB auf das Zweieinhalbfache gestiegen.<sup>46</sup> Es ist die Fäulnis der Produktionsweise selbst, die das Auftreten dieser neuen Geldmenge in einer offenen Inflation noch zurückdämmt. Kämen die wichtigsten kapitalistischen Länder aus der Krise, würde dies sich z.B. in neuen Investitionen etc. ausdrücken (was alles derzeit nicht der Fall ist, die Ökonomie siecht seit drei Jahren in der Depression dahin), dann würde sich sehr schnell herausstellen, in welchem ungeheuren Umfang die vorhandene Geldmenge die Warenmenge übersteigt – und das hieße offene, ja beim Umfang der Geldschöpfung galoppierende Inflation. Daß dieses Zurückdämmen nur zeitweilig sein kann, zeigt der Anstieg der Rohstoffpreise, der über kurz oder lang auf alle Preise durchschlagen wird. *„Sowohl die Politik als auch die Zentralbanken sind der Versuchung erlegen, allen Problemen der Welt durch eine Flutung der Märkte zu begegnen. Da dies nun mal ein globales Phänomen ist, wird die Abkopplung schwierig, wenn es eine Entwicklung in Richtung höherer Preise geben sollte. Im Augenblick zeigt sich diese erhöhte Liquiditätsversorgung noch nicht in den Güter- und Dienstleistungspreisen. Aber sie zeigt sich in den Rohstoffpreisen und den Vermögenspreisen – eindeutig. Und das wirkt durch.“*<sup>47</sup>

So verliert das Geld wichtige kapitalistische Funktionen. Es verliert seine Eigenschaft als Maß der Werte und – in Zeiten der offenen Inflation – sogar als Maßstab der Preise. So weit geht die Zerrüttung der kapitalistischen Produktions- und Zirkulationsverhältnisse, daß in vom faulenden Kapitalismus besonders gedrückten Ländern das Geld nur mehr eine eingeschränkte Funktion spielt. Daß es teilweise durch den vorkapitalistischen Naturaltausch ersetzt wird (wie beim sogenannten Barterhandel in den ehemals sozialistischen Ländern, wo selbst Betriebe nicht mehr voneinander *kaufen*, sondern Produkt gegen Produkt direkt austauschen) oder durch eine mehr als dubiose und unsichere Papierchenwirtschaft (wie in Griechenland<sup>48</sup>). Die Werktätigen, die Arbeiter, kleinen Kaufleute, die Bauern, treibt das in die Revolte.

Nun sind wir weit davon entfernt, den „guten alten Zeiten des Goldstandards“ nachzutruern und zu glauben, sie ließen sich wiederherstellen. Der Geist, der Anfang des 20. Jahrhunderts aus der Flasche gelassen wurde, läßt sich nicht wieder hineinzwingen. Zu groß der Berg an fiktivem Kapital, stets neuem Kreditgeld, der sich auf dem im realen Ausbeutungsprozeß angehäuften Mehrwert erhebt. Stets und immer wieder muß der Kredit den Kredit retten.<sup>49</sup> Wir

---

<sup>46</sup> Handelsblatt, 31.1.2012. In den Bilanzen einer Zentralbank taucht der Geldumlauf, sei es in Form des Bargeldumlaufs, sei es in Form von durch dem Bankensektor zur Verfügung gestelltem Zentralbankgeld, auf der Passivseite der Bilanz auf, dem auf der Aktivseite entsprechende Forderungen gegenüberstehen. Eine Erhöhung der (Kredit-)Geldmenge wird also auf jeden Fall die Bilanzsumme der entsprechenden Zentralbank erhöhen.

<sup>47</sup> Jürgen Stark, ehemaliger Chefvolkswirt der EZB, in: Handelsblatt, 23.3.12

<sup>48</sup> Interessant ein Interview mit einem griechischen „Logistikmanager“ im Handelsblatt. Darin: *„Was würden Sie im täglichen Geschäft als drängendstes Problem beschreiben? Antwort: Daß es im Zahlungsverkehr fast kein Bargeld mehr gibt. Etwa 75 Prozent aller Firmen zahlen inzwischen mit nachdatierten Schecks, die übertragbar sind und durch viele verschiedene Hände gehen. Am Ende weiß keiner mehr, ob der Scheck überhaupt noch gedeckt ist – weil sie mit dem Zehnten in der Reihe in der Regel keine Geschäftsbeziehung haben.“* (Handelsblatt, 29.6.11)

<sup>49</sup> Auch dies ist schon in der Entwicklung des zinstragenden Kapitals angelegt und auch insofern keine „Entgleisung“ des späten Kapitalismus, die man einfach dadurch kurieren könnte, daß man sie von Staats wegen verbietet: *„Mit der Entwicklung des disponiblen Geldkapitals entwickelt sich die Masse der zinstragenden Papiere, Staatspapiere, Aktien etc wie früher entwickelt. Aber damit zugleich die Nachfrage nach disponiblen*

sehen auch hier, wie der gesellschaftliche, aber in den Händen einer winzigen Schicht von Schmarotzern konzentrierte Reichtum über seine kapitalistische Zirkulationsform hinausgewachsen ist, die er deswegen und damit zerstört. Auch die Aufhebung des Verhältnisses von Ware und Geld kündigt vom Ende der auf dem Tauschwert beruhenden Produktionsweise. Freilich kann auch der Imperialismus den Zusammenhang zwischen Wert und Geld nicht stets und auf Dauer aufheben, solange kapitalistische Produktionsweise herrscht. Die eklatanteste Form, in der er sich an diesem Widerspruch den Schädel einrennt ist der Krieg, der nicht nur die geschaffenen Werte und damit die Überkapazitäten vernichtet, sondern auch die Billionen fauler Papierchen mit einem Schlag entwertet. Oder die anstehende Revolution des Proletariats, die sich aus all den angehäuften Kreditverbriefungen, Hedgefonds-Anteilscheinen, Koupons und Derivaten vielleicht Zigaretten dreht oder (in modifizierter Form) dem Ratschlag Lenins folgt: *"Wenn wir dereinst im Weltmaßstab gesiegt haben, dann werden wir, glaube ich, in den Straßen einiger der größten Städte der Welt öffentliche Bedürfnisanstalten aus Gold bauen. Das wäre die 'gerechteste' und beste anschaulich-belehrende Verwendung des Goldes für die Generationen, die nicht vergessen haben, wie man des Goldes wegen zehn Millionen Menschen niedergemetzelt und dreißig Millionen zu Krüppeln gemacht hat."*<sup>50</sup>

Der Euro ist der in Geldform gekleidete Widerspruch: daß der Kapitalismus in seinem imperialistischen Stadium *ökonomisch* den Nationalstaat längst gesprengt hat – und *politisch, militärisch* seiner bedarf. Wenn das Neue nicht durchgesetzt wird, tobt sich das Alte in den barbarischsten Formen aus. Die barbarischste Form der imperialistischen zeitweiligen Überwindung des Nationalstaats ist der Weltkrieg, die Auslöschung von Nationalstaaten durch die Gewalt stärkerer Nationalstaaten. Sein Geburtshelfer ist ein Frieden, der zum Krieg führt, und der im Ausmaß seiner Zerstörungen in einigen europäischen Ländern (Griechenland, Zypern, Teile Portugals, Spaniens, Italiens) mit den Ergebnissen früherer Kriege vergleichbar ist. Einen maßgeblichen Anteil daran hat der deutsche Euro.

Wie der Nationalstaat nicht aufgehoben werden kann, solange Privateigentum an Produktionsmitteln herrscht, so gehören unterschiedliche Währungen zum Kapitalismus. Sie sind ein unabdingbarer Bestandteil und notwendiges Instrument der kapitalistischen Konkurrenz. Die Ungleichzeitigkeit der ökonomischen Entwicklung, die unterschiedliche Produktivität bedingt die Möglichkeit der Auf- und Abwertung von Währungen auf dem Weltmarkt. Nach dem ersten Schritt zur Neuaufteilung der Welt nach dem 2. Weltkrieg, die Annexion der Deutschen Demokratischen Republik durch den Bonner Staat<sup>51</sup>, hofften die Imperialisten Europas, diesen neuen alten Aggressor sowohl politisch als auch ökonomisch zu „zähmen“, indem sie ihn so fest wie möglich in ein „gemeinsames Haus Europa“ einsperrten.

---

*Geldkapital, indem die Jobbers, die in diesen Papierchen Spekulationsgeschäfte machen, eine Hauptrolle im Geldmarkt spielen. ... Mit der Entwicklung des Kreditwesens werden große konzentrierte Geldmärkte geschaffen, wie London, die zugleich Hauptsitze des Handels mit diesen Papieren sind. Die Bankiers stellen dem Gelichter dieser Händler das Geldkapital des Publikums massenhaft zur Verfügung, und so wächst diese Brut von Spielern.“* (Karl Marx: Das Kapital Bd. III, a.a.O. S. 527 und 528)

<sup>50</sup> W.I. Lenin: Über die Bedeutung des Goldes jetzt und nach dem vollen Sieg des Sozialismus. Ausgewählte Werke Band 3, Berlin (DDR) 1966, S. 740

<sup>51</sup> Man hatte gerade erlebt, wie das deutsche Monopolkapital die Existenz unterschiedlicher Währungen und damit Zinssätze benutzt hatte, sich die Annexion teilweise von anderen finanzieren zu lassen: Die Bundesbank hielt die bundesdeutschen Zinssätze hoch, um Auslandsleihkapital heranzuziehen, und ruinierte damit jeden keynesianischen Versuch z.B. Mitterands, durch billiges Geld die französische Wirtschaft anzukurbeln. Die Annexion der DDR hatte zu gewaltigen Turbulenzen auf den Währungsmärkten geführt, u.a. zum Ausscheiden des britischen Pfund aus dem damaligen europäischen Währungssystem etc. etc. Gerade das deutsche Finanzkapital sollte also jedes Geschrei über Länder, die „auf unsere Kosten leben“, bleiben lassen, wenn es denn den Anstand dazu hätte.

Es ist eine Geschichte der betrogenen Betrüger<sup>52</sup>, und das deutsche Kapital wußte das vom ersten Tag an. Herr Nölling, damals Mitglied des Zentralbankrats der Deutschen Bundesbank zur Errichtung der „Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion“: *„Betrachten Sie die sozialen Probleme in Frankreich. Die Währungsunion wird zu erschütternden Anpassungsprozessen zwingen... Was erwartet Frankreich also von diesem Spiel mit Deutschland? Die Hand auf den Geldbeutel zu legen? Der Preis, den es dafür zu zahlen haben wird, ist eine hemmungslose Konkurrenz mit der deutschen Industriemaschine... Wissen Sie, was das für die französische oder italienische Automobilindustrie bedeuten wird? Sie können sie vergessen!“* Selbst den ehemaligen französischen Premierminister Giscard d'Estaing beschlich eine Ahnung des Kommenden, als er 1997 in der französischen Nationalversammlung ausführte, im Falle eines Scheiterns der Währungsunion *„werden wir nicht nur starke Erschütterungen an den Finanzmärkten erleben, sondern auch etwas für uns sehr Peinliches: Die internationalen Märkte werden wahrnehmen, daß es eigentlich bereits eine europäische Währung gibt – die D-Mark.“*<sup>53</sup>

Mutatis mutandis ist es genauso gekommen. Der Euro hat die deutschen Tresore vollgestopft mit Schuldscheinen und Anspruchstiteln auf die Reichtümer der anderen europäischen Länder. An den Eurokrediten haben besonders Deutsche Bank und Co. Milliarden verdient. Die dadurch herbeigeführte Zahlungsunfähigkeit der Schuldner haben sie auch auf uns abgewälzt. Allein für die Bankenrettung, euphemistisch „Finanzmarktstützungsmaßnahmen“ genannt, werden sie aus unserem Lohn, unseren Sozialkassen und unseren Renten 300 Milliarden Euro herausquetschen.<sup>54</sup> Aber das ist nicht alles. Die „Bankenrettung“ ist kein deutsches Phänomen: Schließlich hatten im Herbst 2011 die 90 größten europäischen Banken (also nicht nur die deutschen) insgesamt Staatsanleihen der sogenannten „Krisenländer“ im Gesamtwert von 763 Milliarden Euro in den Büchern.<sup>55</sup> Aber mit den Bankschulden ist die Schuldknechtschaft von Griechenland, Spanien, Portugal, Italien, Irland etc. beim deutschen Finanzkapital ja nicht zu Ende. Das „deutsche Exportwunder“ hat wegen der bereits erfolgten Verarmung europäischer Länder dazu geführt, daß sich im Verrechnungssystem der europäischen Zentralbanken (Target-2-System) eine Gläubigerposition des deutschen Imperialismus von mehr als 640 Milliarden Euro aufgebaut hat.<sup>56</sup>

---

<sup>52</sup> Als Bernard Connolly, Referatsleiter für nationale und gemeinschaftliche Währungspolitik bei der Europäischen Kommission, genau das 1995 in seinem Buch „The Rotten Heart of Europe. The Dirty War for Europe's Money“ („Das verrottete Herz Europas – der dreckige Krieg für das Geld Europas“) vorhersagte, wurde er im Januar 1996 aus dem Dienst entfernt.

<sup>53</sup> Frankfurter Allgemeine Zeitung, 17.3.97

<sup>54</sup> *„Die Stabilisierung des Bankensystems ist nach Einschätzung des finanzpolitischen Sprechers der Bundestagsfraktion der Grünen, Gerhard Schick, in Deutschland teurer als in jedem anderen europäischen Land gewesen. Durch die Interventionen zugunsten der Banken erhöhe sich der deutsche Schuldenstand nach neuen Zahlen von Eurostat um rund 300 Milliarden Euro. Das sei sowohl absolut als auch in der Relation zur Größe der Wirtschaft ein Spitzenwert. ‚Deutschland ist Europameister bei den Lasten, die die Steuerzahler bei der Bankenrettung übernehmen müssen‘, schreibt Schick in einer Pressemitteilung. Nach Eurostat-Rechnung hat Deutschland Verpflichtungen von 293 Milliarden Euro übernommen.“* (Frankfurter Allgemeine Zeitung, 26.4.12)

*„Ende 2011 summierten sich diese sogenannten ‚Finanzmarktstützungsmaßnahmen‘ nach Statistiken der Bundesbank auf fast 300 Milliarden Euro. Damit hat jeder siebte Euro der deutschen Staatsschulden seinen Ursprung in der Bankenkrise. Und das Ende ist noch nicht erreicht: Die WestLB will weitere 100 Milliarden Euro in ihre Bad Bank auslagern.“* (Handelsblatt, 25.4.12) Und wer haftet dann auch für die Bad Bank? Das Volk.

<sup>55</sup> Handelsblatt, 9.9.11

<sup>56</sup> Diese Salden kommen, vereinfacht ausgedrückt, dadurch zustande, daß Zentralbanken die EZB „anzapfen“, um grenzüberschreitende Zahlungen überhaupt ausführen zu können. Denn jede Zahlung über die Ländergrenzen hinaus läuft keineswegs direkt zwischen den beteiligten Geschäftsbanken, sondern zuerst über die jeweilige Zentralbank und dann über das benannte Clearingsystem Target-2, also die EZB. Man muß

Das bedeutet zum einen, daß das vielzitierte „deutsche Exportwunder“ zum großen Teil auf Pump basiert. Zum anderen aber, und viel wichtiger: Vor dem 2. Weltkrieg war das Reich Nettoschuldner, sowohl was Auslandsanleihen, als auch was Schulden aus dem internationalen Warenverkehr angeht. Die vom Hitlerfaschismus gewaltsam den unterworfenen Ländern aufgezwungenen „Clearingabkommen“ basierten also auf dem Prinzip: Der Faschismus nimmt jetzt und zahlt später – was er freilich nie getan hat.<sup>57</sup> Der deutsche Imperialismus zu Beginn des 21. Jahrhunderts ist *Nettogläubiger*, die „Clearingsalden“ stehen *für* ihn. Auch hier schlägt Quantität in Qualität um. Wie es der alte Kapitalistenwitz sagt: Hast du eine Million Schulden bei der Bank, hast du ein Problem. Hast du eine Milliarde Schulden, hat die Bank ein Problem. „Die Bundesbank sitzt in der Falle“, überschreibt die „Wirtschaftswoche“ vom 18.2.2012 einen Artikel, in dem es weiter heißt: „Zu Zeiten des Goldstandards hätte die Bundesbank als Ausgleich Gold von den griechischen Währungshütern erhalten. Heutzutage erhält sie dagegen nur eine Forderung gegenüber dem Euro-System. Diese kann man als einen Kredit der Bundesbank an die Zentralbanken der Peripherieländer interpretieren (!!! Man hat eine Forderung, die man „interpretieren“ kann – jeder Konkurrenzkapitalist würde sich im Grabe umdrehen! Die Interpretation übernimmt dann der Generalstab in Potsdam- d. Verf.), dem bei einem Zerfall der Währungsunion kaum Sicherheiten gegenüberstehen.“<sup>58</sup> Der Euro aber hat den Schuldnerländern alle Mittel aus der Hand geschlagen, ihre Schulden auf die altbewährte Weise loszuwerden. Weder können sie durch Abwertung ihrer Währungen ihre Exportfähigkeit verbessern, noch können sie versuchen, durch Inflationierung der eigenen Währung die reale Schuldenlast zu drücken. Statt in einer gemeinsamen europäischen Währung sind sie also de facto – in Fremdwährung verschuldet. Drastisch ausgedrückt: in deutschem Okkupationsgeld.

Kurz: Besonders das deutsche Finanzkapital sitzt auf einem Berg von Schuldtiteln, die mit „normalen“ Mittel eines ordentlichen Kaufmanns, wie es so schön im Bürgerlichen Gesetzbuch heißt, nie mehr beizutreiben sind. Nicht beizutreiben die 2,2 Billionen der bundesdeutschen Staatsschuld, für die die Werktätigen bereits jetzt allein die Hälfte der Lohnsteuern an Zinsen bezahlen. Nicht beizutreiben die 650 Milliarden aus dem europäischen Verrechnungssystem Target<sup>59</sup>. Nicht beizutreiben die Staatsschulden der sogenannten „Krisenländer“, die die Großbanken so elegant beim ideellen Gesamtkapitalisten abgeladen

---

dazusagen: Diese grenzüberschreitenden Zahlungen stammen zum Teil aus wirklichen Export-Import-Geschäften (wenn also z.B. ein griechischer Landmaschinenhändler darüber in der BRD gekaufte Traktoren bezahlt), zum Teil aus schlichter Kapitalflucht (wenn etwa ein griechischer Reeder seine Bank anweist, seine angehäuften Profite ins Ausland zu verschieben). Eine Trennung dieser Vorgänge nimmt das System europäischer Zentralbanken nicht vor – und wir werden mit unseren Mitteln nicht dahinterkommen.

<sup>57</sup> Diese Clearingschulden wurden bei der Londoner Schuldenkonferenz 1953 weitgehend ausgeklammert, weil man davon ausging, daß allein der Versuch ihrer Einbeziehung alle Verhandlungen von vornherein illusorisch machen und die Bemühungen, Westdeutschland zur Speerspitze gegen die Sowjetunion zu machen, gefährden würde. Also einmal in der Weigerung Hitlerdeutschlands, die Auslandsschulden des Reichs zu begleichen, zum anderen Mal in den erpresserischen Verhandlungen um das Londoner Schuldenabkommen 1953 hat das deutsche Finanzkapital sich geweigert, seine Schulden zu bezahlen. Desgleichen hat es nie die 1942 ausgehobene Zwangsanleihe Griechenlands (nach heutigem Wert 3,4 Milliarden Euro) sowie sonstige Schulden bei den ehemaligen Kriegsgegnern (heute je nach Berechnung zwischen 700 und 1400 Milliarden Euro, laut Albert Ritschl von der London School of Economics) beglichen. Und diese Bande von Bankrotteuren hat die Frechheit, über den griechischen Schuldenschnitt zu lamentieren!

<sup>58</sup> Ebenso das Handelsblatt vom 18.3.12: „Schließlich könnten von Zentralbanken mit negativen Salden bestimmte Arten von Sicherheiten verlangt werden, aber solche Sicherheiten – wie Gold – sind nicht in ausreichendem Umfang verfügbar.“ Der Artikel ist überschrieben: „Außer Kontrolle“.

<sup>59</sup> Sollten diese Target-Milliarden bei einem Ausfall der Schuldner durch die Bundesbank auf banküblichem Weg ausgeglichen werden, so würden dafür – so die „Wirtschaftswoche“ - 170 Jahre benötigt. Abgesehen davon, daß wir dem Kapitalismus so lange Zeit nicht mehr einräumen – selbst diese Zeitung nennt das eine „abstruse Vorstellung“. (Wirtschaftswoche 10/2012)

haben, damit der sie beim Volk eintreibe. Nimmt man alle Verbindlichkeiten, die der Staat der deutschen Finanzkapitalisten diesen Kapitalisten gegenüber durch Bürgschaften, Plünderungspakete gegen andere Länder, aus dem deutschen Anteil am Internationalen Währungsfonds, an den Notaufkäufen von Staatsanleihen durch die EZB etc. eingegangen ist zu keinem anderen Behuf als dem, Deutsche Bank und Co aus dem täglich stattfindenden Zusammenbruch der kapitalistischen Produktionsweise zu retten, so summiert sich allein der Staatsanteil an dieser ganzen Misere auf 785 Milliarden Euro.<sup>60</sup> Das werden sie aus uns herausholen müssen. Eine jede Regierung dieses Gelichters wird dies tun, solange die Arbeiter, die Angestellten, die deklassierten Kleinbürger, die werktätige Intelligenz nicht für eine Arbeiter- und Volksregierung kämpft, die endlich den *deutschen* Staatsbankrott erklärt und jegliche Zahlungen an die Banken aus den Steuern des Volks einstellt. Und die dies verbindet mit der Weigerung, Deutsche Bank und Konsorten den Steuer-Spenden-Zinseintreiber in anderen Ländern zu machen. Eine solche Regierung würde natürlich sehr schnell vor der Weiterung stehen, das Privateigentum an den Produktionsmitteln, den Fabriken und den Banken selbst anzugreifen. Es wäre dies aber nur der Stoß, den die längst morsche Mauer braucht, um einzustürzen.

Was Monopolkapital und Staat tun werden, wenn wir sie denn lassen, haben sie uns gesagt. Sie werden das eigene Volk bis aufs Blut ausquetschen. Den Chefvolkswirt der DZ Bank lassen sie in der „Wirtschaftswoche“ die Pläne einer Währungsreform erläutern, bei der – man kennt das zur Genüge – der Lohnabhängige und der kleine Sparer geköpft werden, die Finanzoligarchie und die Produktionsmittelbesitzer aber unangetastet bleiben.<sup>61</sup> International wird auf die Spitze und bis zur äußersten Konsequenz getrieben, was Marx im nationalen Maßstab und in jeder zyklischen Krise angelegt sah: *„Aber sobald der Kredit erschüttert wird ... soll nun aller reale Reichtum wirklich und plötzlich in Geld verwandelt werden, in Gold und Silber, eine verrückte Forderung, die aber notwendig aus dem System selbst hervorsticht... In der Krise tritt die Forderung ein, daß sämtliche Wechsel, Wertpapiere, Waren auf einmal gleichzeitig in Bankgeld konvertibel sein sollen und dies sämtliche Bankgeld wieder in Gold.“*<sup>62</sup> In der allgemeinen Krise soll auf einmal der Berg an Billionen fiktiven Kapitals, am ganzen Irrwitz der Schuldscheine, Kreditausfallversicherungspapierchen, Staatsanleihen, Optionsscheine, an Kreditgeld etc., der sich über dem aus der Produktion gepreßten Reichtum türmt, aus der Arbeit der Völker bedient werden – in der Tat eine verrückte Forderung. Sie bedeutet ein Hauen und Stechen der Finanzkapitalisten und ihrer Staaten um die realen Reichtümer der anderen Länder. Die wahre Schranke des Kapitals ist das Kapital selbst. Die Finanzkapitalisten lesen aus dieser Feststellung von Marx: Die wahre Schranke meines (Finanz-)Kapitals ist das (Finanz-)kapital des anderen. *Meine Kredite, meine Schuldscheine, meine Staatspapiere* müssen in wirklichen Wert umgesetzt werden, in Bergwerke, Rohstofflager, Fabriken, Flughäfen, Ackerland und Gold. Sollen die anderen sehen, wo sie bleiben. So verkommt der Kapitalismus am Ende seines Lebens vom Ausbeuter über den Schieber und Spekulanten zum bewaffneten Räuber und füllt sich General Naumanns Satz mit Inhalt: *„Es gelten nur noch zwei Währungen in der Welt: Wirtschaftliche Macht und militärische Mittel, sie durchzusetzen.“* *„Die Kapitalisten wollen keinen Krieg. Sie müssen ihn wollen.“* hat Bertolt Brecht 1954 geschrieben.

Die Völker freilich werden nicht stillhalten. Die Völker Osteuropas werden nicht klaglos hinnehmen, wenn ihre Länder zum Aufmarschgebiet zur Sicherung der russischen

---

<sup>60</sup> Berechnung der „Wirtschaftswoche“ in der Ausgabe 5/2012

<sup>61</sup> Stefan Bielmeier: Wenn der Neuro kommt, In: Wirtschaftswoche 17/2012, S. 40. Unter Einführung des „Neuro“ (Nord-Euro) versteht Herr Bielmeier die Spaltung der Eurozone in die „stabilen“ Nordländer mit dem „Neuro“ und die „unsoliden“ Südländer mit dem „Süro“ als Währung.

<sup>62</sup> Karl Marx: Das Kapital, Bd. III, a.a.O., S. 588/89

Energievorkommen für die deutschen Monopole in Dienst gestellt werden. Die Völker Europas werden ihrer Beraubung und Aushungerung zur Rettung von Kredit und Kreditgeld nicht tatenlos zusehen. Auch dafür wird gerüstet. Man wiege sich nicht in der Illusion (wie barbarisch ist selbst diese Illusion!), die kommenden Kriege würden High-Tech-Kriege sein, ausgefochten mit Computerviren und punktgenauen Präzisionswaffen. Wer so denkt vergißt zweierlei: Die Zerstörung in gigantischem Ausmaß ist die objektive Funktion eines Kriegs, der noch einmal für kurze Zeit die Welt so zurichten soll, daß sie den Kapitalismus noch einmal ein paar Jahre erträgt. Und: Der unvermeidliche Widerstand der Völker wird die Unterdrückung von Dutzenden von Millionen erfordern; wofür in der Bundesrepublik wie in der annektierten DDR die Massenbasis hergestellt wird, wenn das Militär Millionen in paramilitärischen Organisationen, vom Technischen Hilfswerk über das Rote Kreuz bis zu den neuen Freikorps und Heimatschutzverbänden organisiert.

Die Krise ist eine umfassende Krise dieser Produktionsweise, eine ökonomische, politische, ideologische und kulturelle Krise. Sie kann also nur mit *allen* Mitteln bekämpft werden.

Abgedruckt in: Streitbarer Materialismus Nr. 30, Oktober 2012. Verlag zur Förderung der wissenschaftlichen Weltanschauung, Tulbeckstr. 4, 80339 München.